



GRÜN wirkt.

Hessen wird grüner und gerechter.



1 Jahr GRÜNE in der Regierung



Inhalt

- | | | | |
|----|-----------------------|----|-------------------|
| 2 | Editorial | 44 | Breitbandausbau |
| 4 | Energiewende | 48 | Sozialbudget |
| 8 | Wald | 52 | Wohnraum |
| 12 | Landwirtschaft | 56 | Toleranz |
| 16 | Tierschutz | 60 | Willkommenskultur |
| 20 | Schulen | 64 | Haushalt |
| 24 | Hochschulen | 68 | umGESETZt |
| 28 | Kinderbetreuung | 72 | Und sonst? |
| 32 | Frankfurter Flughafen | 76 | Ausblick |
| 36 | Verkehrswende | 78 | Impressum |
| 40 | Faire Löhne | | |



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



„GRÜN wirkt“: So lautet seit einem Jahr unser Motto in der Hessischen Landesregierung. Seit dem 18. Januar 2014 wird mit Hessen erstmals ein Flächenland von einer schwarz-grünen Koalition regiert. Das war – und ist auch heute noch manchmal – ungewöhnlich, aber wir GRÜNEN haben von Anfang an gesagt: Auf die Inhalte kommt es an. Unser Anspruch ist, unser Land ökologisch und sozial zu verändern, für gesellschaftliche Offenheit, Vielfalt und Akzeptanz einzutreten, Bürgerrechte zu wahren und kommenden Generationen nicht immer mehr Schulden zu hinterlassen.

Um diese Inhalte zu verwirklichen, haben wir nach der Landtagswahl Sondierungsgespräche sowohl mit SPD und Linkspartei als auch mit der CDU geführt. An deren Ende gab es – auch aus Sicht der SPD – nur noch die Alternative: Große Koalition wie im Bund oder eine Zusammenarbeit von CDU und GRÜNEN? Eine Landesmitgliederversammlung der Partei hat sich mit 75 Prozent für den schwarz-grünen Koalitionsvertrag entschieden. Ein Blick nach Berlin zur großen Koalition ohne Elan und grüne Inhalte zeigt, wie richtig die Entscheidung war.

Nach einem Jahr können wir sagen: GRÜN wirkt – Hessen wird grüner und gerechter. Wir haben schon in diesem ersten Jahr zahlreiche GRÜNE Kernthemen angepackt und wichtige Projekte auf den Weg gebracht. Die GRÜNE Regierungsbeteiligung macht den Unterschied: mit unseren Regierungsmitgliedern



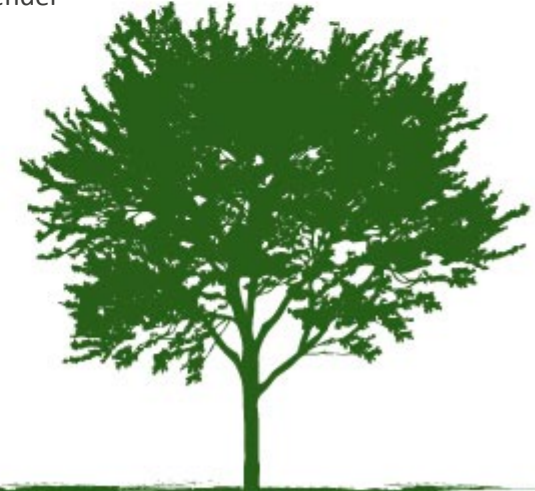
Priska Hinz, Tarek Al-Wazir und Jo Dreiseitel in der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, bei der Energie- und der Verkehrswende, für Integration und gegen Diskriminierung, aber auch für Schulen und Hochschulen, mit dem Sozialbudget, einer gerechteren Vergabe öffentlicher Aufträge, einem verantwortungsvollen Umgang mit Flüchtlingen und auf dem Weg zu nachhaltigem Haushalten. Hessen ist grüner und gerechter geworden. Zentrale Beispiele dafür haben wir in dieser Broschüre zusammengetragen.

Natürlich gibt es noch viel zu tun auf diesem Weg. Der Koalitionsvertrag, die Basis für die gemeinsame Regierungszeit, hat mehr als 100 Seiten. Daran können Sie erkennen, dass wir auch noch viel vorhaben – einige Beispiele finden Sie am Ende dieser Broschüre.

Ein Heft wie dieses kann die Themen nur kurz anschneiden. Sie finden bei jedem weiterführende Links sowie die Namen und Kontaktdaten der zuständigen Abgeordneten. Wenn Sie Fragen haben, sprechen Sie uns an; wir sind gespannt auf Ihre Anregungen, Ihre Kritik und Ihre Vorschläge.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Mathias Wagner
Fraktionsvorsitzender



Ambitionierte Energiewende



gruenlink.de/gr9





Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung unseres Landes in dieser Legislaturperiode deutlich steigern – das ist eines der wichtigsten Vorhaben der Koalition. Mit dem Abschied von der Atomkraft ist ein uraltes GRÜNES Ziel in großem gesellschaftlichem Konsens für Hessen bereits erreicht: Biblis ist abgeschaltet. Nun müssen wir die Abhängigkeit auch von fossilen Energieträgern Schritt für Schritt verringern. Wir brauchen die Energiewende, um den Klimawandel zu bekämpfen, der unsere Lebensgrundlagen und die der Tiere und Pflanzen gefährdet.

Ausbau der Erneuerbaren geht voran

Konkret:

- Verdopplung der Erneuerbaren bei der Stromerzeugung
- Die 3 E der Energiewende: Einsparungen, Effizienz, Erneuerbare
- kein Fracking in Hessen

In der Stromversorgung wollen CDU und GRÜNE den Anteil der erneuerbaren Energien in Hessen in dieser Legislatur-

periode verdoppeln. Derzeit sind in Hessen fast 500 neue Windkraftanlagen schon genehmigt oder noch

im Genehmigungsverfahren. Wenn sie alle in Betrieb sind, wird die Gesamtleistung der Windkraftanlagen in Hessen um mehr als 130 Prozent höher liegen als zurzeit. Dabei ist die Akzeptanz für die Windräder deutlich größer, als man angesichts mancher Schlagzeile meinen könnte: Bisher sind fast alle Bürgerentscheide gegen den Bau von Windkraftanlagen in Hessen gescheitert.

Wichtige Punkte im EEG verteidigt

Unser Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass für Hessen besonders wichtige Elemente im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entgegen den ursprünglichen Plänen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erhalten geblieben sind. So wurde eine drastische Kürzung der Vergütung für die mittelstarken Windstandorte, wie sie bei uns in Hessen vorkommen, verhindert. Kleine Solaranlagen bleiben nun auch von der Ökostrom-Umlage ausgenommen.

Leider konnten wir nicht alle problematischen Punkte im EEG der großen Koalition heraushandeln. Durch verschiedene Regelungen drohen ein Einbruch von





Kraftwärmeanlagen und erneuerbaren Energieanlagen und ein nachhaltiger Vertrauensverlust von Investoren.

Energieeffizienz – die sauberste, billigste und sicherste Energieressource

Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz sind wichtige Potenziale der Energiewende, um den Herausforderungen im Klimaschutz Rechnung zu tragen. Dazu kommt, dass Energiesparen angesichts steigender Energiekosten auch eine Frage von sozialer Gerechtigkeit ist. Gerade bei der Sanierung von alten Gebäuden sind die energetischen Aspekte von hoher Wirksamkeit. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Sanierungsrate auf mindestens 2,5 bis 3 Prozent anzuheben. Zur Umsetzung der Ziele haben wir im Haushalt eine Reihe von Förderprogrammen festgesetzt. Diese sind zur Förderung der energetischen Sanierung kommunaler Liegenschaften, der Altbausanierungen nach dem Passivhausstandard und der Energieeffizienz im Mietwohnungsbau. Im Wohnraumförderungsgesetz haben wir zu-

dem energetische Modernisierung als festes Kriterium bei anstehenden Modernisierungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau verankert.

Fracking löst Energieprobleme nicht

Für uns ist klar: Fracking ist nicht die Antwort für die Energiewende. Es ist daher falsch, weitere Anreize für Forschung und Erprobung in diesem Bereich zu schaffen, anstatt sich auf das Vorankommen der Energiewende zu konzentrieren. Hessen hat gemeinsam mit Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative vorgelegt, die eine Änderung des Bundesbergrechts fordert, mit der Fracking mit giftigen Chemikalien in Deutschland wirklich rechtssicher verboten würde. Die Bundesregierung dagegen hat die Tür für Wirtschaftsinteressen geöffnet und delegiert ihre Verantwortung an eine Kommission. Wir sind enttäuscht über das wachsweiße Handeln der Großen Koalition und werden in Hessen weiterhin alles dafür tun, dass es nicht zu Fracking kommt, sondern zu einer echten Energiewende.





Weitere Informationen

Weiterführende Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/qr9>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ansprechpartnerinnen



Angela Dorn

Sprecherin für Energie und Klimaschutz
Tel.: 0611 / 350 634
E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



Martina Feldmayer

Sprecherin für Verbraucherschutz
und Wohnungspolitik
Tel.: 0611 / 350 748
E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



Ursula Hammann

Sprecherin für Naturschutz
Tel.: 0611 / 350 741
E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de



Wald wirksam geschützt



Naturwaldreservat

Hier sind die Wald seiner natürlichen Entwicklung überlassen und wissenschaftlich wertvoll.

Die Forschungsergebnisse dienen dem Naturschutz und der nachhaltigen Holzgewinnung.

Ändernde und neue Bäume werden auch weggelassen, um einen naturnahen Wald zu erhalten.

Warnung!

Es besteht ein hohes Unfallgefahr durch herabfallende Äste und umstürzende Bäume.

Das Betreten der Bannwälder ist ebenfalls ohne Erlaubnis von Wegen und Straßen ist daher untersagt.

Das Durchqueren der Wege geschieht auf eigene Gefahr.

Der Wald ist ein Naturerbe und soll für kommende Generationen erhalten bleiben.



DAHMEN-POSTER

gruenlink.del.gr4





Fast die Hälfte Hessens ist von Wald bedeckt, das damit eines der walddreichsten Bundesländer ist. Wir wollen, dass das so bleibt. Der Wald ist für uns keine Holzplantage, wir messen ihm große Bedeutung für Natur-, Landschafts- und Klimaschutz und für die Erholung der Menschen bei. Er ist Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen und dient der besseren Luftqualität. Wir brauchen ihn gerade in den Regionen, die dicht besiedelt sind und täglich unter starken Emissionen durch den Verkehr leiden.

Schutzstatus des Bannwaldes gestärkt

Besonders erhaltenswerter Wald wird in Hessen als „Bannwald“ besonders stark geschützt. Mit den Regeln des bis-

herigen Waldgesetzes war es aber zu leicht möglich, diesen Schutz auszuhebeln. So konnte er in einem Planfeststellungsbe-

schluss aufgehoben werden, wenn „überwiegende Gründe des Gemeinwohls“ geltend gemacht wurden.

Mit dem neuen Gesetz haben wir den Schutzstatus des Bannwaldes deutlich verstärkt. Eingriffe sind nur noch möglich, wenn Gefahren für hochrangige Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit bestehen, also beispielsweise Menschenleben gefährdet sind, oder Vorhaben verwirklicht werden müssen, die von überregionaler Bedeutung und im überwiegenden öffentlichen Interesse sind. Das ist eine viel höhere Hürde als bisher. Außerdem erfolgt die Ausweisung von Bannwald ebenso wie die eventuelle Aufhebung des Schutzstatus künftig ausschließlich per Einzelfallprüfung in einem Ordnungsverfahren. An diesem Prozess müssen die Öffentlichkeit, die Kommunen, der Waldbesitzer und die anerkannten Naturschutzverbände beteiligt sein.

Für die besonderen Fälle, in denen ein Eingriff nach einem solchen aufwändigen Verfahren unausweichlich wird, haben wir deutlich strengere Regelungen für den Ausgleich beschlossen. Schon bisher musste, wenn Bannwald gerodet

Konkret:

- Bannwaldschutz verbessert
- FSC-Standard für Staatswälder
- Ausweitung naturbelassener Kernflächen





wird, die gleiche Fläche andernorts aufgeforstet werden. Nun muss zusätzlich die gleiche Fläche bestehenden Waldes an anderer Stelle als Bannwald neu ausgewiesen werden. Das heißt: Für jeden Quadratmeter Bannwaldes, der seinen Schutz verliert, wird an anderer Stelle Wald zusätzlich zu Bannwald, so dass dieser stets in mindestens gleichem Umfang erhalten bleibt. Einen Bannwaldschutz dieser Qualität gab es bisher in Hessen noch nie.

Zertifizierung des hessischen Staatswaldes nach FSC-Standard

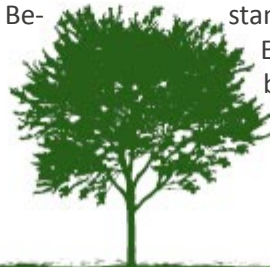
Eine weitere wichtige Maßnahme ist die schrittweise Umstellung des Staatswaldes auf zertifizierte ökologische Bewirtschaftung nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC). Das Land ist der größte Waldbesitzer in Hessen, ihm gehören 40 Prozent der gesamten Waldfläche. Daher ist es wichtig, dass die staatlichen Forstämter bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder vorangehen.

Der FSC-Standard schließt unter anderem den Einsatz künstlicher Pflanzenschutz-

mittel aus, gibt einheimischen Bäumen den Vorrang und schreibt vor, dass ein Anteil von fünf Prozent der Fläche permanent aus der Bewirtschaftung genommen wird, um sich natürlich entwickeln zu können. In einem ersten Schritt werden – nach den guten Erfahrungen im Pilot-Forstamt Dieburg – neun Forstämter auf den FSC Standard umstellen. Die anderen der insgesamt 41 Ämter sollen nach und nach folgen. Unsere Politik zielt auf die Verbesserung der Biodiversität und auf die Entwicklung einer naturgemäßen und nachhaltigen Waldwirtschaft. Die FSC-Zertifizierung unterstützt diese Ziele.

Waldinventur und Waldzustand

Laut den Ergebnissen der dritten Bundeswaldinventur hat sich der Zustand der Wälder in Hessen verbessert, seltene Baumarten sind wieder häufiger, die Waldfläche ist sogar etwas gewachsen. Auch der Waldzustandsbericht kommt zu überwiegend positiven Ergebnissen. Allerdings gibt es Probleme bei älteren Buchen sowie mit zu trockenen Böden in den südhessischen Wäldern. Deshalb sind die unter GRÜNER Regierungs-





beteiligung begonnenen Maßnahmen wie die Ausweisung weiterer naturbelassener Kernflächen, die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes und die strengere Bannwaldregelung nötige Schritte auf dem Weg zu gesunden Wäldern.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/qr4>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Martina Feldmayer

Sprecherin für Waldpolitik

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



Angela Dorn

Sprecherin für Umweltpolitik

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



Ursula Hammann

Sprecherin für Naturschutz

Tel.: 0611 / 350 741

E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de



Landwirtschaft ohne Gift und Gentechnik



gruenlink.delgre





Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus der Region boomt – trotzdem müssen viele Bio-Produkte wie Eier, Obst, Gemüse und Fleisch importiert werden, obwohl sie auch in Hessen produziert werden könnten. Deshalb brauchen wir mehr Betriebe im Land, die auf Öko-Landbau umstellen. Dann bleibt die Wertschöpfung in Hessen, und die Wege für die Lebensmittel werden kürzer und damit klimaverträglicher.

Ökoaktionsplan

Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft setzen. Mit dem

Ökoaktionsplan schaffen wir eine verlässliche Förderung des Öko-Landbaus. Zu den konkreten Maßnahmen des Plans gehören unter anderem eine verlässliche und angemessene finanzielle Unterstützung des Öko-Landbaus, sowohl

bei der Betriebsumstellung, als auch als verlässliche langfristige Förderung. Außerdem sollen die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen des ökologischen Landbaus gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Grundlagenarbeit gelegt: Die ökologische Landwirtschaft wird als Forschungsdisziplin, als Ausbildungsweg und in der landwirtschaftlichen Beratung gestärkt. Der Ökoaktionsplan wird den ökologischen Landbau stärken und bringt Umweltschutz und Landwirtschaft stärker miteinander in Einklang.

Auf Anregung der GRÜNEN hessischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Priska Hinz hat die Konferenz der Agrarminister der Bundesländer beschlossen, das Lernfeld Ökologischer Landbau in die Ausbildung für Landwirte zu integrieren. Die Herausforderungen an den Klima- und Naturschutz, ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen sowie das Tierwohl sollen fest in Rahmenlehrplänen und in der Ausbildungsordnung verankert werden.

Für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft tauschen wir uns gleichermaßen mit den Öko-Landwirten und Vertretern der konventionellen Landwirtschaft aus.

Konkret:

- Unterstützung für Öko-Bauern
- Naturschutz als Teil der Ausbildung
- kein Gentech auf Hessens Äckern
- Eiweißstrategie für besseres Tierfutter





Wir machen keine ideologische Landwirtschaftspolitik, sondern richten unsere Politik an den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie an den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Betriebe aus. Deshalb gehören alle dazu, die großen und die kleinen Betriebe, die konventionelle Landwirtschaft und die Ökobetriebe.

Hessen bleibt gentechnikfrei

Ein weiterer Erfolg unserer Regierungsbeteiligung ist der Beitritt Hessens zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreie Regionen“. Die Mehrheit der Menschen will keine gentechnisch veränderten Lebensmittel auf ihren Tellern. Die Heilsversprechen der Agrogentechnik haben sich bis jetzt nicht bewahrheitet: Weder konnte der Einsatz von Pestiziden reduziert noch der Hunger auf der Welt beseitigt werden. Mit dem Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen sendet Hessen ein wichtiges Signal auch an andere Regionen: Auf unseren Äckern hat Gentechnik nichts verloren.

Damit auch weniger Gensoja in den Trögen hessischer Tierhalter landet, arbeitet Umweltministerin Hinz an einer „Hessischen Eiweißinitiative“. Dabei geht es insbesondere darum, auf den Import von gentechnisch verändertem Soja aus Nord- und Südamerika verzichten zu können, indem noch nicht ausgeschöpfte Potenziale der einheimischen Futterproduktion genutzt werden, zum Beispiel durch eine Verbesserung der Grundfutterqualität in der Rinderfütterung, den verstärkten Anbau einheimischer eiweißhaltiger Hülsenfrüchte (Leguminosen) wie Ackerbohnen und den Anbau von Sojabohnen in Hessen.

Hessen ist aber keine Insel. Umso wichtiger ist es, dass jeder EU-Mitgliedsstaat – und damit auch Deutschland – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten können soll. Hessen hat hier klar Position bezogen und sich im Bundesrat für dieses Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen – ein klarer Handlungsauftrag an die Bundesregierung, sich in den EU-Gremien für ein nationalstaatliches Anbauverbot einzusetzen.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/qre>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ansprechpartnerinnen



Martina Feldmayer

Sprecherin für Landwirtschaft, Gentechnik und Verbraucherschutz

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



Angela Dorn

Sprecherin für Umweltpolitik

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



Eva Goldbach

Sprecherin für den ländlichen Raum

Tel.: 0611 / 350 744

E-Mail: e.goldbach@ltg.hessen.de



Ursula Hammann

Sprecherin für Naturschutz

Tel.: 0611 / 350 741

E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de



Mehr Schutz für Tiere



[gruenlink.de/t94](https://www.gruenlink.de/t94)





Der Tierschutz hat für uns GRÜNE schon immer einen sehr hohen Stellenwert. Dass er 2002 endlich als Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde, war ein großer Erfolg, für den wir lange Jahre zusammen mit Tierschutzorganisationen gekämpft haben. Jetzt haben wir in Regierungsverantwortung die Möglichkeit, in Hessen Konsequenzen aus dem Staatsziel Tierschutz für den gesamten Bereich des Tierschutzrechtes zu ziehen und durchzusetzen. Dazu zählen Maßnahmen gegen nicht artgerechte Haltung und Tierquälerei sowie gegen die Vernachlässigung von Tieren.

Gegen die Tötung von "Eintagsküken"

In der Legehennenzucht werden männliche Küken nicht benötigt und daher einen Tag nach dem Schlüpfen getötet. Mittlerweile stehen jedoch technische Alternativen zur Geschlechtsbestim-

Konkret:

- Staatsziel Tierschutz ernstnehmen
- keine Tierquälerei
- Wildtiere sollen in Hessen wieder Heimat finden

mung im Ei vor dem Durchbruch, die eine Tötung des geschlüpften Kükens überflüssig machen. Die Universität in Leipzig forscht seit 2005 in Kooperation mit weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen und Vertretern der Wirtschaft an möglichen Methoden und deren Praxistauglichkeit. Diese könnte zukünftig auch international zur Vermeidung der Tötung männlicher Küken beitragen.

Das routinemäßige Töten aus wirtschaftlichen Gründen ist ethisch nicht akzeptabel und wird auch in der Gesellschaft nicht anerkannt. Unsere Landwirtschaftsministerin Priska Hinz hat daher veranlasst, dass eine der bundesweit größten Brütereien für Legehennen, die in Hessen steht, eine Verfügung mit Auflagen für die Installation technischer Alternativen erhält. Außerdem unterstützen wir die Bestrebungen, sogenannte Zweinutzungs-Rassen zu züchten, die sowohl zum Eierlegen als auch für die Fleischmast geeignet sind. Damit wäre eine Geschlechtsbestimmung zukünftig nicht mehr nötig.





Verordnung zur Katzenkastration

Ein weiterer GRÜNER Erfolg für mehr Tierschutz ist die vom Kabinett beschlossene Verordnung zur Katzenkastration. Damit wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, mit der Städte und Gemeinden gegen die Verwahrlosung streunender Katzen vorgehen können. Die Erfahrung zeigt, dass es dort, wo es solche Regelungen gibt, rasch zu einem spürbaren Rückgang an streunenden Katzen kommt. Das entlastet zudem die Tierheime, die weniger Katzen aufnehmen müssen, und damit auch die Kassen der Kommunen.

Die Rückkehr der Wildtiere

Eine gute Nachricht gibt es vom wilden Verwandten der Hauskatze, dem Luchs: In den nordhessischen Wäldern findet diese wilde Katze offenbar günstige Bedingungen vor und sorgt für Nachwuchs. Der Luchs steht unter strengem Naturschutz. Die Entwicklung seiner Bestände in Hessen muss weiterhin intensiv beobachtet und registriert werden.



Die Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen ist eine wichtige Basis dafür, Wildtiere in Hessen wieder heimisch zu machen. Sie ist darauf ausgerichtet, die Artenvielfalt in Hessen zu erhalten und auszubauen. So langsam halten immer mehr Wildtiere wie der Luchs, aber auch die Sumpfschildkröte oder der Fischotter wieder Einzug in unsere Naturlandschaft. Das ist auch der Arbeit der engagierten Naturschützer, Forstleute und Verbänden zu verdanken, die einen wertvollen Beitrag zur Stabilität des gesamten Ökosystems leisten.

Darüber hinaus ist der Erhalt der Artenvielfalt für gesunde ökologische Kreisläufe entscheidend. Beispielsweise leisten die zahlreichen Bienenarten durch ihre Bestäubungsarbeit viele nützliche Dienste für die Pflanzenwelt, für die Landwirtschaft und den Obst-anbau. Dieser empfindliche Kreislauf kann schnell zerstört werden, wenn durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Unkrautbekämpfungsmitteln oder gentechnisch verändertem Saatgut Veränderungen im Naturhaushalt entstehen.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite :

<http://gruenlink.de/tq4>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ansprechpartnerinnen



Ursula Hammann

Sprecherin für Tierschutz

Tel.: 0611 / 350 741

E-Mail: u.hammann@ltg.hessen.de



Angela Dorn

Sprecherin für Umweltpolitik

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



Martina Feldmayer

Sprecherin für Landwirtschaft, Gentechnik und Verbraucherschutz

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



Verlässlichkeit und Perspektiven für Hessens Schulen



gruenlink.de/tsw





Eine gute Schule ist eine wichtige Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft, in der sich alle entfalten und teilhaben können. Wir wollen, dass jedes Kind den bestmöglichen Bildungserfolg erreichen kann, unabhängig vom Einkommen und dem Bildungsgrad seiner Eltern. Dazu wollen wir Hessens Schulen verlässliche Rahmenbedingungen geben und zugleich wichtige und notwendige Veränderungen auf den Weg bringen. Richtschnur ist unser bildungspolitisches Prinzip „Ermöglichen statt Verordnen“.

Mehr Chancengerechtigkeit

Schulen brauchen Planungssicherheit und eine gute Ausstattung. Wir halten an der bundesweit ein-

maligen 105-prozentigen Lehrerversorgung fest. Zusätzlich nutzen wir als einziges Bundesland die sinkenden Schülerzahlen ausdrücklich nicht dazu, Lehrer-

stellen einzusparen, sondern für eine bessere Schule und mehr Chancengerechtigkeit. Wir haben Verlässlichkeit und Perspektiven für unsere Schulen versprochen, und wir haben bereits zu Beginn des Schuljahres 2014/15 Wort gehalten: 115 zusätzliche Stellen für das Ganztagschulprogramm, 60 weitere Stellen für den Sozialindex und damit für die Förderung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern, 50 Stellen zusätzlich für die Förderungen von Kindern mit Migrationshintergrund und mehr als 100 weitere Stellen für den inklusiven Unterricht.

Bildungsgipfel

Wir wollen den jahrzehntelangen Schulkampf beenden und setzen dabei von Anfang an auf Dialog. Kultusminister Lorz hat Entscheidungsträger aus Schule, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Fraktionen im Landtag zu einem Bildungsgipfel eingeladen. Damit setzen wir GRÜNE eine unserer zentralen bildungspolitischen Forderungen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU um und streben eine parteiübergreifende Vereinbarung über die Schulentwicklung in den

Konkret:

- Ermöglichen statt Verordnen
- Schulfrieden nach jahrzehntelangem Schulkampf
- Bessere Schulen und mehr Chancengerechtigkeit





nächsten zehn Jahren an. So erhalten die Schulen endlich Verlässlichkeit und Planbarkeit für ihre pädagogische Arbeit.

Im September 2014 hat kurz nach Schuljahresbeginn die Auftaktveranstaltung zum Bildungsgipfel stattgefunden. Hier wurden Arbeitsgruppen gebildet, die auch konkrete Handlungsempfehlungen für die weitere Arbeit der Landespolitik erarbeiten sollen.

Rückkehrmöglichkeiten zu G9

Schon nach wenigen Wochen in der Regierung haben wir eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, mit der auch laufende fünfte, sechste und siebte Klassen zur längeren Gymnasialzeit G9 zurückkehren können. Die Regierung Koch hatte den Gymnasien das Abitur nach zwölf Jahren verordnet, davon acht Jahre Gymnasialzeit (G8). Die Kritik daran ließ nie nach. Schon in der Opposition machten wir uns deshalb für Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 stark. Zunächst konnten die kooperativen Gesamtschulen auf Grundlage eines GRÜNEN Gesetzentwurfs zu G9 zurückkehren, 2012 ermöglichte die damalige Landesregierung mit unse-

rer Unterstützung die Rückkehr auch von Gymnasien zu G9. Allerdings blieb die Rückkehrmöglichkeit auf die neu beginnenden fünften Klassen begrenzt. Wir forderten, dass auch bereits laufende fünfte, sechste und siebte Klassen zu G9 zurückkehren können sollten.

Jetzt haben wir eine Regelung geschaffen, die es ermöglicht, dem Elternwillen soweit zu entsprechen wie dies rechtlich möglich ist. Durch eine Gesetzesänderung konnten 2000 Schülerinnen und Schüler zu G9 zurückkehren. Insgesamt gibt es nur noch an 33 von 220 Gymnasien und Kooperativen Gesamtschulen ausschließliches ein G8-Angebot. Das entspricht 15 Prozent der Schulen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine stärkere Rückkehr zu G9 als in Hessen.

Islamischer Religionsunterricht

Nach vielen Jahren der Diskussion geht der Ausbau des islamischen Religionsunterrichts in Hessen endlich von Schuljahr zu Schuljahr voran. Immer mehr Schülerinnen und Schüler können ein solches Angebot wahrnehmen. Ein Jahr





nach der Einführung können bereits 1180 Schülerinnen und Schüler verteilt auf 70 Lerngruppen den Islamunterricht besuchen. Das sind mehr als doppelt so viele als im letzten Schuljahr.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/tsw>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.



AnsprechpartnerInnen



Mathias Wagner

Bildungspolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 746

E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sprecher für Kinder, Familie, Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Daniel May

Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

Tel.: 0611 / 350 794

E-Mail: d.may@ltg.hessen.de



Mürvet Öztürk

Sprecherin für Integration und Jugend

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oetzuerk@ltg.hessen.de

In die Köpfe investiert



gruenlink.de/uc4





Unsere Hochschulen sind der Motor für Innovation und Zukunftsfähigkeit unseres Landes, sowie Grundlage für die ständige Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Sie stehen derzeit aber vor enormen Herausforderungen: Das Statistische Landesamt hat Zahlen veröffentlicht, nach denen es in Hessen Rekordzahlen an Studierenden gibt und weiter mit Höchstzahlen zu rechnen ist. Wir lassen die Hochschulen mit dieser Herausforderung nicht allein. Wir haben uns vorgenommen, Forschung und Lehre weiter zu verbessern, damit Hessen im Wettstreit um die klügsten Köpfe nicht zurückfällt und damit unsere Hochschulen weiterhin Lösungen für dringende

soziale, ökologische und ökonomische finden. Um mit den aktuellen Herausforderungen zurecht zu kommen, brauchen die Hochschulen zum einen ihre Eigenständigkeit, zum anderen eine gute

Ausstattung. Wir haben dafür gemeinsam mit unserem Koalitionspartner CDU ein bundesweit einzigartiges Finanzpaket geschnürt, das die Hochschulfinanzierung in Hessen auf ein neues Niveau hebt – und das bei allen Sparanstrengungen, die wir auf dem Weg zu einem Haushalt ohne neue Schulden unternehmen.

Bundesweit einzigartige Finanzierung

Die Grundfinanzierung der Hochschulen wird im Haushaltsjahr 2015 um 26 Millionen Euro gesteigert. Danach wird das Budget jährlich um ein Prozent oberhalb des Inflationsausgleichs erhöht. Das bedeutet im Endausbau der Steigerung im Jahr 2020 eine zusätzliche Finanzierung von über 180 Millionen Euro mehr in jedem Jahr. Damit setzen wir in Hessen als einziges Bundesland die Empfehlungen des Wissenschaftsrates um – unsere Hochschulen werden darum von den Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern zu Recht beneidet. Mit den stabil wachsenden Grundbudgets sorgen wir für die Planungssicherheit, die die Hochschulen brauchen, um neue Herausforderungen zu bewältigen.

Konkret:

- Verlässlich steigende Grundfinanzierung
- Eine Milliarde für zusätzliche Studienplätze
- BAföG-Mittel komplett für Hochschulen
- Bundesweit einzigartiger Schwerpunkt





Auch im Bereich des weiteren Ausbaus der Hochschulen über die Grundfinanzierung hinaus setzt die Koalition Akzente. So wird der Bund-Länder-Hochschulpakt 2020 zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze nochmals erweitert und erreicht von jetzt bis einschließlich 2020 ein kumuliertes Ausgabevolumen von einer Milliarde Euro, wobei der Bund noch einmal den gleichen Betrag hinzugibt. Angesichts der aktuellen Höchstzahlen an Studierenden und Studienanfängern werden damit die nötigen Kapazitäten geschaffen, um deren Situation zu verbessern, gute Studienbedingungen zu schaffen und in die Ausbildung junger Menschen zu investieren.

BAföG-Mittel fließen komplett in die Hochschulen

Die eingesparten Mittel beim BAföG fließen dabei komplett in die Hochschulen, auch dies ist leider in anderen Bundesländern nicht die Regel. Die Mittel zur Verbesserung der Lehre (QSL), die als Ausgleich zum damaligen Wegfall der Studiengebühren bezahlt werden, werden zudem weiter ausgezahlt; auch das Bau-

programm HEUREKA und das Forschungsprogramm LOEWE bleiben erhalten.

Konzeptionelle Weiterentwicklung

Konzeptionell werden DIE GRÜNEN gemeinsam mit der CDU die Hochschulen konzeptionell weiterentwickeln. Der künftige hessische Hochschulpakt 2020 soll die Qualität der Lehre verbessern und dafür sorgen, dass weniger Studierende die Hochschulen ohne Abschluss verlassen. Die Koalition hat sich vorgenommen, die Beschäftigungssituation der Nachwuchswissenschaftler und des technisch-administrativen Personals zu verbessern und Kurzzeit- und Kettenbefristungen zu reduzieren.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/uc4>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ansprechpartner



Daniel May

Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

Tel.: 0611 / 350 794

E-Mail: d.may@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sprecher für Kinder, Familie, Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Mathias Wagner

Bildungspolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 746

E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de



Kinderbetreuung besser gefördert



gruenlink.deltro





Wir wollen unsere Kinder in guten Händen wissen. Die Anforderungen an eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sind gewachsen: Mehr Plätze auch für Kinder unter drei Jahren, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Inklusion von Kindern mit Behinderung zählen zu den größten

der Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben.

Wir haben den „Runden Tisch Kinderbetreuung“ ins Leben gerufen, der im Juli zum ersten Mal getagt hat.

Diesen Betreuungsgipfel

hatten wir schon in der Opposition gefordert, um den Dialog mit allen an der Kinderbetreuung Beteiligten aufzunehmen. Wichtig war uns GRÜNEN, dass alle Akteure wieder miteinander reden statt übereinander. Das ist gelungen: Der Runde Tisch verlief konstruktiv und positiv. Selbst die Opposition musste das eingestehen.

KiföG nachgebessert

Ein Punkt dabei war das Kinderförderungsgesetz (KiföG). Wir konnten bereits im Gesetzgebungsverfahren viele kritische Punkte an diesem noch unter Schwarz-Gelb beschlossenen Gesetz verhindern und planen nun weitere Verbesserungen. Ein unabhängiges Institut wird die Umsetzung des KiföG begleiten und auf Probleme hinweisen, damit wir in der Praxis nachsteuern können. Das damals beschlossene Gesetz regelt, dass die Landeszuschüsse nicht mehr nach den vorhandenen Gruppen berechnet werden, sondern nach der Zahl der Kinder. Das könnte in kleinen Kitas auf dem Land zu Problemen führen. Wir haben deshalb mit unserem Koalitionspartner vereinbart, flexibel auf Schwierigkeiten etwa bei den Öffnungszeiten oder in kleineren Einrichtungen zu reagieren.

Einige Anregungen aus den Gesprächen am Runden Tisch haben wir bereits umgesetzt. So können Träger, die nach dem für die Finanzierung maßgeblichen Stichtag (1. März) eine neue Gruppe oder eine neue Einrichtung für unter Dreijährige eröffnen, künftig noch bis zum 15. September eine Anschub-

Konkret:

- Dialog mit allen Beteiligten
- Mehr Spielraum für kleine Einrichtungen
- Sprachförderung und Elternarbeit besser unterstützt
- Inklusion besser geregelt und finanziert





finanzierung beantragen. Wir haben auch die Frist für den Abruf von Mitteln für Baumaßnahmen zum Ausbau der U3-Betreuung verlängert; hier standen noch 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Um die Qualität der Betreuung weiter zu verbessern, wollen wir die hessenweite Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes voranbringen. Dazu werden Sprachförderung und Elternarbeit zukünftig besser unterstützt. Vorschläge zur Linderung des Mangels an Erzieherinnen und Erziehern erarbeitet eine im August beim Ministerium für Soziales und Integration eingerichtete Stabsstelle. Dabei kommen auch neue Ausbildungsmodelle mit betrieblichen Anteilen in Frage. Auch Möglichkeiten wie der verstärkte Einsatz älterer Fachkräfte, mehr Teilzeitbeschäftigung und Initiativen zur Gewinnung von Quereinsteigern sind denkbar, wenn sie sich als geeignet erweisen.

Inklusion vereinbart

Wir haben für die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen zehn Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt

eingestellt. Dieser Beschluss ermöglichte, dass die Liga der Freien Wohlfahrtspflege und die Kommunalen Spitzenverbände nach lange festgeführten Verhandlungen in der „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“ die Standards für die Inklusion vereinbart haben.

Wenn Kinder schulpflichtig werden, stehen ihre Eltern oft vor einer Betreuungslücke. Um diese zu schließen, wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern und Kommunen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschülerinnen und -schüler in Hessen schaffen. Die ersten sechs Modellkommunen bereiten die Umsetzung zum Schuljahr 2015/2016 jetzt vor.

Der nächste Runde Tisch Kinderbetreuung soll im September 2015 stattfinden. Auch vorher werden wir die Erfahrungen in der Kinderbetreuung genau beobachten und falls nötig nachsteuern.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/tro>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Marcus Bocklet

Sozialpolitischer Sprecher -
Kinder und Familie

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Mürvet Öztürk

Sprecherin für Behindertenpolitik

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oetzuerk@ltg.hessen.de



Mathias Wagner

Bildungspolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 746

E-Mail: m.wagner@ltg.hessen.de



Folgen des Flughafenbaus gemildert

gruenlink.de/trs





Der Frankfurter Flughafen liegt mitten in einem dicht besiedelten Ballungsraum. Die Lärmbelastung ist enorm. Wir GRÜNE haben uns in der Vergangenheit immer gegen den Flughafen-Ausbau gewandt und vor den Folgen gewarnt, aber bei den Wählerinnen und Wählern nie eine ausreichende Mehrheit für diese Position gefunden. CDU, SPD und FDP haben den Ausbau des Flughafens beschlossen. Als Teil der Landesregierung stehen wir jetzt vor der Aufgabe, die Folgen einer aus unserer Sicht falschen Entscheidung für die von Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger erträglicher zu machen.

Siebenstündige Nachtruhe

Wir wollen insbesondere dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen nachts länger Ruhe haben. Eine Chance dafür liegt in den von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellten Modellen für siebenstündige Lärmpausen. Dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium ist es gelungen, für einen technisch hoch komplexen Sachverhalt in Gesprächen mit Fraport, Lufthansa und Deutscher Flugsicherung praktikable Modelle zu erarbeiten, die den Menschen rund

um den Flughafen sieben Stunden Nachtruhe bringen. Die verschiedenen Modelle für Lärmpausen sehen vor, ergänzend zum Nachtflugverbot eine weitere Regulierung des Flugverkehrs von 22 bis 23 und von 5 bis 6 Uhr vorzunehmen. In dieser Zeit sollen wechselnd unterschiedliche Start- und Landebahnen nicht genutzt werden. Damit hätten die Menschen, die unter den entsprechenden An- beziehungsweise Abflugschneisen leben, jeweils eine Stunde mehr Ruhe.

Die vorgestellten Modelle entlasten zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Kommunen verschieden stark und haben jeweils Vor- und Nachteile – beispielsweise sind sie unterschiedlich anfällig für Wettereinflüsse. Im Dialog mit den Anrainerkommunen geht es nun darum, dass sich alle Beteiligten gemeinsam auf eine Lösung einigen, die den Menschen in der Region am meisten bringt.

Aktiver Lärmschutz

Unter GRÜNER Beteiligung dreht die Landesregierung an jeder denkbaren Stellschraube, die den aktiven Schallschutz verbessert. Im Dialog mit den Kom-





munen, dem Forum Flughafen und Region, Fraport, Lufthansa, Flugsicherung und Luftfahrtverband Barig fördern wir zum Beispiel den Einsatz von Maschinen, die weniger Lärm produzieren. Dazu dienen auch lärmabhängige Entgelte für die Fluggesellschaften: Wer viel Krach macht, muss auch viel zahlen. Wir wollen so erreichen, dass die Lärmbelastung durch den Einsatz moderner und leiserer Flugzeuge sinkt.

Wir haben mit der CDU auch vereinbart, die im Rahmen der Mediation festgehaltenen Lärmobergrenzen einzuführen. Dabei wollen wir eine deutliche Lärmreduzierung gegenüber den im Planfeststellungsbeschluss prognostizierten Werten erreichen. Erste Gespräche hierzu haben stattgefunden; wir sehen gute Chancen, das Ziel zu erreichen.

Stabsstelle Fluglärm

Um die Bemühungen um den Lärmschutz zu koordinieren, hat das Verkehrsministerium eine „Stabsstelle Fluglärm“ eingerichtet und als Leiterin eine erfahrene Expertin gewinnen können: Regine Barth kennt als wissenschaftliche Beraterin für das Regionale

Dialogforum und das Forum Flughafen und Region die Problematik bis ins Detail; sie ist als Volljuristin ausgewiesene Expertin für Umwelt- und Planungsrecht. Barth war zuvor Leiterin des Bereichs Umweltrecht und Governance des Darmstädter Öko-Instituts.

Schutz vor Wirbelschleppen

Den Anwohnern rund um den Flughafen bereiten Schäden an Dächern durch Wirbelschleppen Sorgen. Mehrfach kam es zu solchen Ereignissen außerhalb der Zonen, in denen die Flughafenbetreiberin Fraport bisher verpflichtet war, die Sicherung von Dächern zu bezahlen.

Der GRÜNE Verkehrsminister hat konsequent reagiert und das Vorsorgegebiet maximal ausgeweitet. Nun können alle Hauseigentümer in der zentralen Ortslage von Flörsheim

Konkret:

- Modelle für siebenstündige Lärmpausen
- Höhere Gebühren für laute Flieger
- Stabsstelle Fluglärm
- Wirbelschleppen-Vorsorge ausgeweitet





sowie in Raunheim ihre Dächer auf Kosten der Fraport AG durch Klammern sichern lassen.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/trs>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Frank-Peter Kaufmann

Sprecher für den Frankfurter Flughafen

Tel.: 0611 / 350 747

E-Mail: fp.kaufmann@ltg.hessen.de



Kai Klose

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 673

E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



Karin Müller

Sprecherin für Verkehr und Mobilität

Tel.: 0611 / 350 745

E-Mail: karin.mueller@ltg.hessen.de





Weichen für die Verkehrswende gestellt

gruenlink.de/uz8





Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende hin zur umweltgerechten und klimaschonenden Mobilität. Wir wollen die Lebensqualität der Menschen verbessern und den CO₂-Ausstoß im Verkehr senken. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir nicht einseitig auf Straßenbau und Autos, sondern stärken alle Verkehrsteilnehmer: Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer, Radlerinnen und Radler, Fußgängerinnen und Fußgänger.

Konzepte für ein mobiles Hessen

Hessen liegt zentral in Deutschland und in Europa und ist als Transitland besonders vom Personen- und Güterverkehr betroffen. Der Ballungsraum Rhein-Main mit seinen Pendlerströmen ist eine besondere

Herausforderung für die Verkehrsplanung. Der GRÜNE Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat begonnen, GRÜNE Konzepte für ein mobiles Hessen umzusetzen.

Konkret:

- Erhalt von Straßen geht vor Neubau
- Fokus auf Mobilität nicht nur von Autofahrern
- Schienen-Projekte vorangebracht

Das Verkehrsbündnis Allianz pro Schiene bescheinigt Hessen im „Bundesländerindex Mobilität“ auf der Basis der auf den Weg gebrachten verkehrspolitischen Ziele und Initiativen den guten sechsten Platz unter den Bundesländern – nachdem das Land noch vor zwei Jahren das Schlusslicht auf der Liste war. Der Bericht hebt unter anderem die Schwerpunktsetzung bei der Mittelverteilung hervor: 62 Prozent der vom Bund zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zur Verfügung gestellten Mittel investiert die Landesregierung demnach in Bahn, Bus, Fahrrad und Fußverkehr.

Neue Prioritäten auf den Straßen

Das Landesstraßenbauprogramm wird neu geordnet. Der Schwerpunkt wird auf den Erhalt von Straßen gelegt, nicht auf den Neubau. Das soll den Straßenbau in Hessen wieder auf eine finanziell solide Basis stellen, denn in der Vergangenheit floss zu viel Geld in publikumswirksame Straßenprojekte, während der Erhalt der Straßen zu wenig Aufmerksamkeit genoss. Und das, obwohl ein immer größeres Straßennetz immer höhere Instandhaltungskosten verursacht. Die Folge sind marode Straßenbeläge und Brücken,





die dringend saniert werden müssen. Deshalb ist es GRÜNE Politik, neue Investitionen auf das bestehende Straßennetz zu konzentrieren und es in einem guten Zustand zu halten. Die Neubauprojekte werden nach klaren, nachvollziehbaren und objektiven Kriterien priorisiert.

Um den Fokus auf die Mobilität insgesamt zu erweitern, wird sich eine neue AG Nahmobilität im Verkehrsministerium bei der Planung und dem Bau von Verkehrswegen noch stärker mit den Belangen von Fußgängern und Fahrradfahren. Darüber hinaus soll sie neue Konzepte entwickeln, wie die Nahmobilität in den Städten gestärkt werden kann.

Fortschritte auf der Schiene

Das Land Hessen unterstützt die Planung und den Bau der neuen nordmainischen S-Bahnstrecke von Frankfurt nach Hanau. Neben der Vorfinanzierung der Planungskosten in zweistelliger Millionenhöhe finanziert das Ministerium mit allein drei Millionen Euro Vorsorgemaßnahmen im Osten Frankfurts. Beispielsweise wird eine Betonplatte über dem geplanten S-Bahntun-

nel eingezogen, damit die Tunnelarbeiten vorangehen können. Mit dieser Vorsorgemaßnahme soll sichergestellt werden, dass bei Baubeginn die Nordmainische S-Bahn zügig fertiggestellt werden kann.

Um den Frankfurter S-Bahn-Tunnel zu entlasten und dessen Stauanfälligkeit zu senken, unterstützt das Land Hessen die Planungen und den Bau der Regionaltagente West. Das Land Hessen ist der hier zuständigen Planungsgesellschaft beigetreten, um mit seiner Expertise die Planungen zu unterstützen.

Der Neubau der Schienenstrecke von Frankfurt am Main zum Flughafen mit einer neuen S-Bahn-Station ist eines der großen Infrastrukturprojekte der Region. Mit dem Bau des S-Bahnhofs verbessert sich der Zugang zu einem wichtigen neuen Bürostandort im Rhein-Main-Gebiet. Pendler und Besucher müssen nicht mehr das Auto nutzen, sondern können Gateway Gardens direkt mit der S-Bahn erreichen. Diese Maßnahme erhöht nicht nur die Attraktivität des Bürostandorts, sondern unterstützt auch die Verkehrswende.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/uz8>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



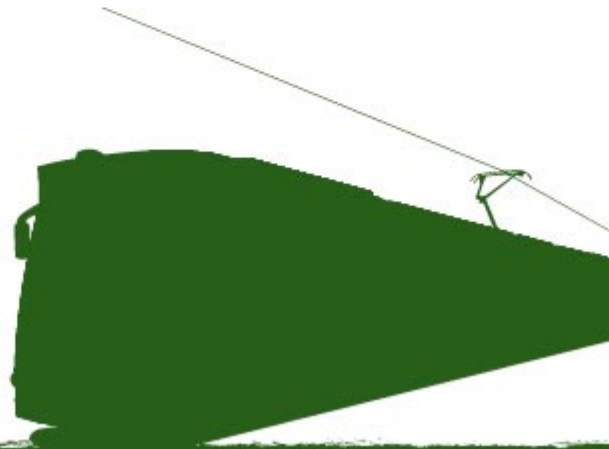
Karin Müller

Sprecherin für Verkehr und Mobilität
Tel.: 0611 / 350 745
E-Mail: karin.mueller@ltg.hessen.de



Kai Klose

Wirtschaftspolitischer Sprecher
Tel.: 0611 / 350 673
E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



Faire Löhne gesichert



gruenlink.del/trt





Öffentliche Aufträge des Landes, der Kommunen und ihrer Betriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, gerade für mittelständische Betriebe. Uns GRÜNEN war es schon lange ein Anliegen, diese Vergaben gesetzlich so zu regeln, dass es dabei fairer, transparenter und nachhaltiger zugeht. Insbesondere wollten wir auch die Möglichkeit für höhere soziale und ökologische Standards schaffen. Mit der Neufassung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes werden diese Ziele erreicht.

Tarifbedingungen sind künftig Pflicht

Firmen, die in Hessen öffentliche Aufträge erhalten wollen, müssen künftig die Tarifbedingungen ihrer

Branche einhalten oder wenigstens den bundesgesetzlich festgelegten Mindestlohn zahlen. Wenn sie Subunternehmer einsetzen, müssen auch diese sich an diese Bedin-

gungen halten. So steht es in unserem modernisierten Tariftreue- und Vergabegesetz.

Für uns GRÜNE besonders wichtig: Erstmals erlaubt das Gesetz es der öffentlichen Hand, bei der Vergabe auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. So können Auftraggeber wie z.B. Kommunen die Unternehmen bevorzugen, die Langzeitarbeitslose beschäftigen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern oder Jugendliche ausbilden. Die Verwendung ökologisch erzeugter oder fair gehandelter Produkte kann ebenfalls bei der Beurteilung des wirtschaftlichsten Angebots berücksichtigt werden, wenn der Auftrag entsprechend ausgeschrieben wird. Wenn Unternehmen diese Vorgaben eklatant missachten, können sie von der Teilnahme an künftigen Auftragsvergaben ausgeschlossen werden.

Dabei entscheidet der Auftraggeber im Rahmen des Gesetzes, welche Kriterien ihm sinnvoll erscheinen. Die öffentlichen Auftraggeber könnten damit gezielt Impulse setzen, um die Wirtschaft sozial und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Beispiele dafür können sein, dass ein Auftrag an einen Caterer

Konkret:

- Öffentliche Aufträge nur mit Tariflohn
- Ökologische und soziale Vergabe-Kriterien
- Transparente Ausschreibung
- Keine unnötige Bürokratie





einer öffentlichen Kantine die Verwendung von fair gehandeltem Kaffee verlangt oder ein IT-Dienstleister die Einhaltung bestimmter sozialer Standards nachweisen muss. Für eine Beschaffung bei einem kleinen Dachdeckerbetrieb ergibt es möglicherweise keinen Sinn, einen Frauenförderplan zu verlangen, aber sehr wohl den Einsatz von FSC-zertifiziertem Holz. Erstmals gilt das Gesetz auch für den Öffentlichen Personennahverkehr. Damit könnten Anbieter bevorzugt werden, die zum Beispiel eine energieeffiziente Flotte einsetzen.

Fairer Wettbewerb

Wir haben mit dem Gesetz eine an den Bedürfnissen des Mittelstandes orientierte Ausschreibungspraxis ermöglicht, die nicht nur Kaufkraft und Arbeitsplätze sichert, sondern auch die Zukunft von Mensch und Umwelt nachhaltig gestaltet. Fairer Wettbewerb ist nur dann gewährleistet, wenn wir höchste Standards an Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Auftragsvergabe anlegen. Das neue Gesetz sieht eine ausführliche und nachvollziehbare Dokumentation

der Auftragsvergabe vor. So wird einsehbar sein, wer wann welchen Auftrag bekommen hat.

Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass öffentliche Auftraggeber bei Interessenbekundungsverfahren (also bei Aufträgen, deren Volumen unterhalb der Schwelle für eine öffentliche Ausschreibung liegt) künftig fünf statt drei Angebote von Anbietern einholen müssen. Das hilft auch, den effizienten Umgang mit öffentlichen Mitteln zu gewährleisten.

Jeder Ausschreibungswettbewerb muss so gestaltet sein, dass gesetzzestreue Mitbewerber nicht aus dem Markt gedrängt werden. Das liegt gerade auch im Interesse der großen Zahl an kleinen und mittelständischen Unternehmen in Hessen. Das neue Vergabe- und Tariftreuegesetz leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Wenn sich kleine Unternehmen aus Furcht vor zu hohen Auflagen nicht mehr um öffentliche Aufträge bewerben würden, wäre aber der Wettbewerb verzerrt. Wir halten mit dem Gesetz daher die Balance zwischen der nötigen Kontrolle und der Vermeidung einer unnötigen Bürokratie.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/trt>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Ansprechpartner



Kai Klose

Wirtschaftspolitischer Sprecher
Tel.: 0611 / 350 673
E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sozialpolitischer Sprecher
Tel.: 0611 / 350 633
E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Breitband und Energiewende für Kommunen



gruenlink.delgrc





Auf zwei für die Zukunft unseres Landes besonders wichtigen Feldern kommen privatwirtschaftliche Investitionen oft nicht ohne das Engagement von Kommunen in Gang: bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien und beim Breitbandausbau. Bisher legte die Hessische Gemeindeordnung (HGO) aber Städten und Gemeinden, die beispielsweise selbst in eine Solaranlage oder die Versorgung ihrer Bürger mit einem schnellen Internetzugang investieren wollten, schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg. Mit unserem Gesetz zur Änderung der HGO ermöglichen wir es den Kommunen, sich im Bereich der Energiewende und bei der Breitbandversorgung wirtschaftlich zu betätigen. Denn sie sind es häufig, die mit ihren Vorleistungen bei der Projektentwicklung und

-planung dafür sorgen, dass Vorhaben überhaupt erst realisiert werden und Aufträge auch an die Privatwirtschaft vergeben werden können.

Konkret:

- Mehr Möglichkeiten für kommunale Energieversorger
- Städte und Gemeinden dürfen selbst in schnelles Internet investieren
- Programm für Breitbandnetz aufgestockt

Betätigungsfeld Energiewende

Im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der CDU darauf verständigt, konsequent den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Mit der Verdopplung ihres Anteils an der Stromversorgung Hessens bis 2020 haben wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Die Städte und Gemeinden sind bei der Verwirklichung der Energiewende ein unverzichtbarer Partner. Dieses Potenzial werden wir nutzen. Mit unserer Gesetzesänderung erhalten die Kommunen zusätzlichen Spielraum, um die Energiewende vor Ort mit zu gestalten und von ihrem Erfolg zu profitieren. Konkret bedeutet das, dass wir es den Kommunen ermöglichen, in den Bereichen der Erzeugung und Speicherung regenerativer Energien sowie in die Verteilung von Strom und thermischer Energie bis zum Hausanschluss zu investieren. Die Städte und Gemeinden können dies entweder selbst oder in Form einer interkommunalen Zusammenarbeit tun. Gemeinden können also zum Beispiel auf ihrer eigenen Gemarkung selbst Windkraftanlagen errichten oder das gemeinsam mit der Nachbargemeinde tun, um die vorhandene Fläche effizienter zu nutzen. In Form von Energiegenossen-





schaften können die Kommunen ihre Bürger an dem Erfolg der Unternehmung beteiligen – das fördert auch die Akzeptanz der Windkraft-Vorhaben vor Ort. Die Kommunen treiben die Energiewende vor Ort vor allem durch viele kleine Engagements voran. Die Gemeinde ist so Impulsgeber, Ermöglicher und Berater. Das örtliche Handwerk profitiert ebenfalls von den Aufträgen. So geht der Ausbau der erneuerbaren Energien voran und sichert zugleich Arbeitsplätze.

Betätigungsfeld Breitbandversorgung

Auch bei der Breitbandversorgung ermöglichen wir es den Kommunen, sich wirtschaftlich zu betätigen. Das ist wichtig, damit die Menschen und die Wirtschaft im ländlichen Raum nicht abgekoppelt werden. Der privatwirtschaftliche Markt allein konnte bisher nicht gewährleisten, dass auch Städte und Gemeinden außerhalb der Ballungsräume optimal mit Datenleitungen versorgt werden. Schnelles Internet gehört aber mittlerweile zur unverzichtbaren Grundversorgung, die wesentlich über die Attraktivität einer Kommune sowohl für Einwohner als auch für Firmen entscheidet. Für die Kommunen ist die Breitbandversorgung

ein harter Standortfaktor. Die Kommunikationsunternehmen investieren allerdings nur dort in den Breitbandausbau, wo sie schnelle Gewinne erwarten. Deshalb war es wichtig, dass wir es den Kommunen ermöglichen, selbst in den Ausbau zu investieren. Um den Ausbau des Breitbandnetzes besser zu unterstützen, wird darüber hinaus das Darlehensprogramm des Landes und der WIBank um 150 auf 350 Millionen Euro aufgestockt.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/qrc>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Eva Goldbach

Kommunalpolitische Sprecherin

Tel.: 0611 / 350 744

E-Mail: e.goldbach@ltg.hessen.de



Angela Dorn

Sprecherin für Energiepolitik

Tel.: 0611 / 350 634

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de



Jürgen Frömmrich

Sprecher für Netzpolitik

Tel.: 0611 / 350 632

E-Mail: j.froemmrch@ltg.hessen.de



Kai Klose

Sprecher für Wirtschaftspolitik

Tel.: 0611 / 350 673

E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



Sozialbudget für ein gerechteres Hessen



gruenlink.de/496





Wir wollen, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist aus unserer Sicht das Hessische Sozialbudget. Wir haben es eingerichtet und ab 2015 noch einmal deutlich aufgestockt, um die Teilhabemöglichkeiten aller und das gesellschaftliche Miteinander stärker zu fördern. Wir haben lange dafür gekämpft, dass die Landesregierung die Operation Düstere Zukunft – die drastische Kürzung der freiwilligen Leistungen des Landes im Sozialbereich in 2003 – rückgängig macht. Dass es uns nun gelingt, trotz Haushaltssanierung die soziale Infrastruktur massiv zu stärken und so dafür zu sorgen, dass Menschen in Not mehr Hilfe bekommen, ist ein historischer Schritt.

Konkret:

- Leistungen für Soziales deutlich aufgestockt
- Budget vor Sparmaßnahmen geschützt
- Verlässliche Finanzierung für Träger und Initiativen

Das Geld steht der wertvollen sozialpolitischen Arbeit von Kommunen, Verbänden und Institutionen über den laufenden Haushalt hinaus verlässlich

zur Verfügung und gibt ihnen damit trotz der Schuldenbremse Planungs- und Handlungssicherheit. Das nutzt den Menschen im Land, für die diese Einrichtungen arbeiten.

Planungssicherheit über die gesamte Wahlperiode

Dazu haben wir die freiwilligen sozialen Leistungen des Landes deutlich aufgestockt und für die gesamte Legislaturperiode vor möglichen Kürzungen geschützt. Mit den freiwilligen sozialen Leistungen sollen insbesondere Menschen in schwierigen Lebenssituationen besser unterstützt werden. Wir wollen Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von sozialer Herkunft ermöglichen, Armut und soziale Ausgrenzung möglichst verhindern und Hilfe anbieten. Dazu werden Beratungs- und Präventionsangebote künftig stärker gefördert.

Zunächst wurden im Sozialetat 52 Millionen Euro freiwillige Leistungen identifiziert und als zu schützendes Budget festgelegt, das trotz Schuldenbremse von Einsparungen ausgenommen





bleibt. Diese 52 Millionen wurden dann um mehr als 18 Millionen Euro aufgestockt. Das bedeutet eine Steigerung um 35 Prozent. Somit stehen nun rund 70 Millionen Euro jährlich im Sozialbereich zur Verfügung. Hinzu kommen zehn Millionen Euro für die Förderung der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung. Diese 70 Millionen Euro werden über die gesamte Legislaturperiode von Einsparungen ausgenommen. Damit bekommen viele Träger sozialer Angebote eine Planungssicherheit, die bundesweit Ihresgleichen sucht. Und auch die Menschen, die diese Angebote nutzen, können sicher sein, dass es diese verlässlich gibt.

Förderung für mehr als 50 Positionen

Wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, in ihren eigenen Anstrengungen, und erkennt ihre Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Unser Verständnis von Sozialpolitik ist es, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Eine solche emanzipatorische Sozialpolitik grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit

und Teilhabemöglichkeiten für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht und kulturellem Hintergrund.

Insgesamt werden mehr als 50 Positionen ins Sozialbudget aufgenommen.

Beispielsweise werden wir:

- die Förderung der Frauenhäuser nahezu verdoppeln
- neue Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch einrichten
- die Schuldnerberatungen stärken, die Menschen helfen, in ein schuldenfreies und selbstbestimmtes Leben zurückzukehren
- die als „Soziale Stadt“ bekannte Gemeinwesenarbeit fördern
- die Suchthilfe modern ausbauen
- das Integrationsprogramm WIR sicher stellen
- die Sprachförderung in den Kindergärten besser finanzieren
- Beratungsangebote für Familien stärken, zum Beispiel in Familienzentren





- ein Soziales Arbeitsmarktprogramm auflegen, das schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglicht
- einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt erarbeiten und umsetzen

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/u96>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Marcus Bocklet

Sozialpolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Mürvet Öztürk

Sprecherin für Integration, Migration und Behindertenpolitik

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oetzuerk@ltg.hessen.de



Sigrid Erfurth

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de



Mehr bezahlbare Wohnungen



gruenlink.de/tru





Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxus, bezahlbarer Wohnraum ist eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade in Ballungsgebieten gibt es aber häufig zu wenige erschwingliche Wohnungen. Deshalb haben wir gemeinsam mit der CDU einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Förderung von sozialem Wohnraum eingebracht. Dieses Gesetz wurde am 27. November 2014 in 2. Lesung beschlossen.

Mit der Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes ist uns ein wichtiger Schritt für mehr bezahlbaren Wohnraum gelungen. Die wichtigsten Punkte sind dabei die gleichrangige Förderung von Mietwohnungsbau und Eigentumsbildung, die Schaffung von zusätzlichem studentischem Wohnraum, ein

Mittelstandsprogramm zur Unterstützung von Haushalten mit mittlerem Einkommen

und die Förderung von barrierefreien Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Mit der Gesetzesnovelle reagieren wir auf die aktuellen Probleme am Wohnungsmarkt, die vor allem durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen im Ballungsraum vorherrschen. Wir sind zuversichtlich, dass unser Wohnraumförderungsgesetz langfristig zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beiträgt und finden, damit wird Hessen wieder ein Stück weit GRÜNER und gerechter.

Sozialer Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau wird künftig als gleichrangiges Förderziel neben der Eigenheimförderung eingestuft. Mit dieser Änderung können wir jetzt flexibler auf den jeweiligen Bedarf an Wohnraum eingehen. Eine Unterstützung ist dann nötig, wenn es zu wenig bezahlbarem Wohnraum für alle Haushalte gibt – ein Problem, das insbesondere das dicht besiedelte Rhein-Main-Gebiet betrifft.

Konkret:

- Gleichrangige Förderung von Mietwohnungsbau und Eigentumsbildung
- Mehr sozialer und studentischer Wohnraum
- Mietpreisbremse für Gebiete mit Mangel an bezahlbarem Wohnraum





Förderung von studentischem Wohnen

Studentischer Wohnraum ist in den meisten Universitätsstädten knapp, vor allem für einkommensschwache Studierende. Die Nachfrage nach Wohnheimplätzen ist größer als das Angebot und die Alternativen auf dem freien Wohnungsmarkt sind häufig kaum erschwinglich. Das Gesetz eröffnet die Möglichkeit, zusätzlichen studentischen Wohnraum mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung zu schaffen. Wir haben gute und attraktive Hochschulstandorte und stehen in der Pflicht, dem Zulauf an Studierenden auch Rechnung zu tragen und diese mit einem guten Wohnungsangebot versorgen zu können. Mit unserem Gesetz können wir den Ausbau von studentischem Wohnraum besser und gezielter fördern.

Mittelstandsprogramm

Vor allem in den Ballungsgebieten wird bezahlbarer Wohnraum auch für Bezieher durchschnittlicher Einkommen knapper. Mit dem Mittelstandsprogramm kann nun auch der Wohnungsbau für die Menschen gefördert werden, die sich schlecht auf dem freien

Wohnungsmarkt versorgen können, aber zu viel verdienen, um eine Sozialwohnung beziehen zu können.

Mietpreisbremse

Als weiteren Schritt zur Entspannung des Wohnungsmarkts haben wir eine Mietpreisbremse zunächst für bestehende Mietverhältnisse eingeführt. Diese Mietpreisbremse gilt dort, wo großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum herrscht. Die Verordnung begrenzt den Spielraum für Mieterhöhungen in einem bestehenden Mietverhältnis. Innerhalb von drei Jahren darf dann die Miete nur noch um höchstens 15 anstatt um bis zu 20 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Die Landesregierung hat auf Grundlage vorliegender Daten 29 Kommunen in Hessen benannt, für die eine solche Preisbremse jetzt gilt.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/tru>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Martina Feldmayer

Sprecherin für Wohnungspolitik

Tel.: 0611 / 350 748

E-Mail: m.feldmayer@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sozialpolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Kai Klose

Sprecher für Wirtschaftspolitik

Tel.: 0611 / 350 673

E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de





Aktiv für Akzeptanz und Vielfalt

gruenlink.del.gr'b





Wir haben uns im Koalitionsvertrag die Aufgabe gestellt, die Voraussetzungen für eine von Vielfalt und Respekt geprägte Gesellschaft zu verbessern. Mit einer ganzen Reihe von Entscheidungen hat die neue Regierung bereits zu Beginn der Legislaturperiode den Schutz von Minderheiten, das aktive Eintreten gegen Benachteiligungen und die Willkommenskultur gestärkt.

Engagiert gegen Diskriminierung

Mit dem Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung hat sich Hessen verpflichtet, von Diskriminierung betroffene Menschen bestmöglich mit konkreten

Konkret:

- Koalition gegen Diskriminierung beigetreten
- Antidiskriminierungsstelle geschaffen
- Vereinbarung mit Sinti und Roma unterzeichnet
- WR-Programm ausgebaut

Maßnahmen zu unterstützen und Benachteiligung zu bekämpfen. Damit setzt die neue Landesregierung ein deutliches Signal, dass sie Diskriminierungen, sei es

aus ethnischen oder rassistischen Gründen, aufgrund des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität, nicht hinzunehmen bereit ist. Hessen ist das zehnte Bundesland, das der Koalition angehört.

Eine weitere Neuerung und eines unserer zentralen gesellschaftspolitischen Vorhaben ist die Antidiskriminierungsstelle des Landes, die Anfang 2015 ihre Arbeit aufnehmen wird. Sie wird eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für von Diskriminierung Betroffene sein, die unbürokratische und schnelle Hilfe gewährleisten soll. Für uns gilt: Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus haben in Hessen keinen Platz. Deshalb stehen für uns Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Menschen im Mittelpunkt. Das zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Landesregierung unterstützt.

Mit dem GRÜNEN Jo Dreiseitel hat Hessen einen Staatssekretär, der auf Regierungsebene als Bevollmächtigter für die Themen Integration und Antidiskriminierung zuständig ist. Unter seiner Leitung





koordinieren die Staatssekretäre aller Ministerien in einem speziellen Kabinettausschuss die Integrationsmaßnahmen ihrer Häuser, da Integration eine Querschnittsaufgabe ist und in allen Bereichen stattfindet. Die Landesregierung hat eine Rahmenvereinbarung mit dem Landesverband der Sinti und Roma unterzeichnet und so eine formale Grundlage dafür gelegt, diese Minderheit bei der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft zu unterstützen.

Landesprogramm WIR

Wir stärken die Willkommens- und Anerkennungskultur mit dem neuen Landesprogramm WIR. Mit dem Programm finanziert die Landesregierung in allen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten je eine Koordinierungsstelle und fördert innovative Projekte, die die Integration unterstützen. Schon für das laufende Jahr 2014 hat die Landesregierung trotz ihres ambitionierten Konsolidierungskurses gut drei Millionen Euro dafür zu Verfügung gestellt. Die Kommunen leisten bereits großartige Integrations- und Flüchtlingsarbeit. Das WIR-Programm

unterstützt schon bestehende Angebote und fördert die Integration vor Ort. Um vorhandene Angebote zu koordinieren, zu unterstützen und die verschiedenen Akteure miteinander zu vernetzen, wurden Koordinationsstellen für jeden Landkreis und für jede Stadt eingeplant. Das Angebot der Landesregierung trifft auf großes Interesse: 27 Kommunen haben bereits Mittel für eine Koordinierungsstelle beantragt, fünf weitere ihr Interesse bekundet.

Neben den Koordinationsstellen werden mit den WIR-Mitteln auch konkrete Integrationsmaßnahmen gefördert. Dazu gehören Projekte zur interkulturellen Öffnung, niederschwellige Sprachangebote sowie neue und innovative Integrationsprojekte.





Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/qrb>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Mürvet Öztürk

Sprecherin für Integration, Migration und Behindertenpolitik

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oeztuerk@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sozialpolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Sigrid Erfurth

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de



Kai Klose

Sprecher für Lesben- und Schwulenpolitik

Tel.: 0611 / 350 673

E-Mail: k.klose@ltg.hessen.de



Flüchtlinge willkommen heißen



gruenlink.de/tt8





Die globalen Kriege und Krisen haben dazu geführt, dass derzeit weltweit so viele Menschen auf der Flucht sind wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Zwar flüchten die meisten Menschen in Nachbarstaaten ihrer Heimatländer, aber auch in Deutschland kommen viele Flüchtlinge an. Ihre Aufnahme und Unterstützung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle gemeinsam stellen müssen: der Bund, die Länder und die Kommunen. Es geht um die Aufnahme und Unterbringung von Menschen, die alles verloren haben und verzweifelt sind. Als wohlhabendes Land haben wir eine humanitäre Verantwortung, diesen Menschen zu helfen. Mit unserem

Konkret:

- 30 Millionen Euro zusätzlich für Flüchtlinge
- Mehr Unterstützung für die Kommunen
- Hülfen für "Härtefälle" gesenkt
- Nationale Asylkonferenz angeregt

Koalitionspartner haben wir GRÜNE uns darauf verständigt, den menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen als humanitäre Aufgabe zu betrachten. Diese Landesregierung sieht Menschen, die vor Krieg und Leid fliehen,

nicht als Problem oder gar Bedrohung, sie will ihnen helfen.

Maßnahmenpaket Asyl

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen in Hessen leistet das von der Landesregierung vorgestellte Maßnahmenpaket Asyl. Mit den beschlossenen Schritten nehmen wir die Herausforderung an, die sich aus der aktuell gestiegenen Zahl von Asylsuchenden ergibt. Zu den geplanten Maßnahmen gehört die Erhöhung der Pauschalen für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber um 15 Prozent zum 1. Januar 2015.

Trotz der angespannten Haushaltslage stellt die Landesregierung zusätzliche 30 Millionen Euro für die menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge zur Verfügung und wird die Kommunen damit deutlich entlasten. Außerdem unterstützen wir die Bestrebungen der Landesregierung, eine Ausweitung der vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten – beispielsweise in Liegenschaften des Landes





und des Bundes – sowie die Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen zu prüfen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Vorhaben der schwarz-grünen Koalition, ein eigenständiges Konzept für die Integration junger Flüchtlinge und Zuwanderer zu erarbeiten, die bei ihrer Einreise älter als 16 Jahre sind und nicht mehr schulpflichtig sind. Durch die intensive Förderung von Deutschkenntnissen in Kombination mit sozialpädagogisch orientierter Netzwerkarbeit sollen die Integration in das Schulsystem sowie bessere Übergänge zwischen Schule und Beruf ermöglicht werden.

Zudem haben wir das Härtefallkommissionsgesetz geändert. Die Kommission kann nach bestimmten Regeln dem Innenminister vorschlagen, Menschen einen gesicherten Aufenthalt zu erteilen, die eigentlich keinen Rechtsanspruch darauf haben. Es geht in der Regel um die Schicksale von Menschen, die schon seit Jahren in Hessen leben, aber durch das Raster des Rechts gerutscht sind und keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Für diese Personen haben wir Hürden abgebaut.

Gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen

Die Bundesländer und insbesondere die Kommunen unternehmen enorme Anstrengungen, um die Betroffenen unterzubringen. Leider kommen viele in der aktuellen Situation an ihre Grenzen oder sind bereits überfordert. Hessen hat als erstes Bundesland eine Nationale Asylkonferenz, mehr Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie mehr Unterstützung vom Bund gefordert. Als erstes Verhandlungsergebnis hat der Bund zugesagt, für 2015 und 2016 Mittel bereitzustellen. Auch die Einführung einer Gesundheitskarte soll für Flächenländer ermöglicht werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Wir versuchen auf Landesebene die Aufnahme von Flüchtlingen unkompliziert und zügig umzusetzen und setzen uns auf Bundesebene für bessere Rahmenbedingungen ein. Wir wissen aber auch, dass zu einer echten Willkommenskultur mehr gehört. Deshalb ist es so erfreulich, dass die Aufnahmebereitschaft





in der Bevölkerung enorm hoch ist und sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/tt8>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Mürvet Öztürk

Sprecherin für Integration, Migration und Behindertenpolitik

Tel.: 0611 / 350 740

E-Mail: m.oeztuerk@ltg.hessen.de



Jürgen Frömmrich

Innenpolitischer Sprecher

Tel.: 0611 / 350 632

E-Mail: j.froemmrch@ltg.hessen.de



Eva Goldbach

Kommunalpolitische Sprecherin

Tel.: 0611 / 350 744

E-Mail: e.goldbach@ltg.hessen.de



Haushalten mit Augenmaß



gruenlink.de/ucz





Das wir nicht auf Kosten späterer Generationen wirtschaften dürfen, ist schon immer eine Grundüberzeugung der GRÜNEN. Dazu gehört, dass wir unseren Kindern und Enkeln keinen Atommüll und keine zerstörte Umwelt hinterlassen wollen. Dazu gehört aber auch, dass wir ihnen nicht die Schulden und Zinsleistungen für unsere Ausgaben aufbürden können. Deshalb sind für uns solide Finanzen und ein nachhaltiges, effizientes und transparentes Haushalten unerlässlich.

Wenn Hessen wie in der Vergangenheit immer neue Kredite aufnimmt, muss das Land auch immer höhere Zinsen bezahlen. Das frisst einen immer größeren Teil der Staatseinnahmen auf, der für wichtige Ausgaben

nicht mehr zur Verfügung steht. Wir wollen stattdessen in die Zukunft investieren. Dabei setzen wir bundesweit einmalige Schwerpunkte in der Schul- und Hoch-

schulpolitik, führen das Sozialbudget ein, verdoppeln die Haushaltsmittel für die Flüchtlingsunterbringung und verankern eine nachhaltige Umwelt-, Klima- und Energiepolitik im Etat.

230 Millionen Euro weniger neue Schulden

Der Haushalt 2015 verbindet politischen Gestaltungswillen mit einem engagierten Voranschreiten auf dem Weg zum ausgeglichenen Etat, den die Landesverfassung für 2020 vorschreibt. Gegenüber dem Vorjahr wird die Neuverschuldung um 230 Millionen Euro auf 730 Millionen reduziert und folgt damit dem Konsolidierungspfad, der einen Haushalt ohne neue Schulden schon für 2019 vorsieht – ein Jahr früher, als die Schuldenbremse verlangt.

Wir GRÜNE plädieren seit Jahren für einen Dreiklang von Einnahmeerhöhungen, Einsparungen und Effizienzsteigerungen. Die Landesregierung hat das – neben Einsparungen in allen Ressorts – unter anderem mit der behutsamen Anhebung der Grunderwerbsteuer umgesetzt. Der Hebesatz der einzigen Steuerart, über die die Landespolitik disponieren

Konkret:

- Sparkurs zur Schuldenbremse eingehalten
- Einmaliger Schwerpunkt auf Schulen
- Das Sozialbudget kommt
- Energiewende und Ökolandbau abgesichert

EEE



kann, wird um einen Prozentpunkt angehoben. Bereits im kommenden Jahr fließen so rund 155 Millionen Euro mehr in die öffentlichen Kassen, wovon die Kommunen rund 24 Millionen Euro erhalten.

Sparen geht nicht ohne Einschnitte. Wir werden in dieser Wahlperiode auf der Ausgabenseite 1.800 Stellen abbauen, davon etwa 270 im Jahr 2015. Auch nehmen wir eine maßvolle Anpassung der Beamteneihilfe vor; Beamte müssen auf die Chefarztbehandlung und die Versorgung im Zweibettzimmer verzichten oder diese Leistungen selbst versichern.

Energiewende, Ökoaktionsplan und Sozialbudget finanziert

Weil es das zentrale Anliegen unserer Politik ist, nicht mehr auf Kosten kommender Generationen zu wirtschaften, balancieren wir Einsparungen mit zielgerichteten Zukunftsinvestitionen in zentralen Bereichen aus. So fließen 30 Millionen Euro Programmvolumen in die Unterstützung der Energiewende in Hessen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verkehrswende von der Straße auf die Schiene.

Ein wichtiger grüner Erfolg ist auch das neue Sozialbudget zur dauerhaften Finanzierung der sozialen Infrastruktur. Im Haushalt 2015 stehen für die Förderung wichtiger sozialer Einrichtungen und Projekte 18,1 Millionen Euro mehr zur Verfügung als bisher, das gesamte Sozialbudget beträgt damit 70 Millionen Euro. Hinzu kommen zehn Millionen Euro für die Förderung der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung.

Trotz sinkender Zahlen von Schülerinnen und Schülern spart die Regierung nicht an der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer. Wir halten an der 105-prozentigen Lehrerversorgung fest und setzen sie unter anderem zum umfassenden Ausbau der Ganztagsbetreuung ein. Die demographische Rendite bleibt also vollständig bei den Schulen. Und auch die Hochschulen profitieren: Ihr Grundbudget wird jährlich mit einem Prozent oberhalb der Inflationsrate gesteigert. Beides ist bundesweit einzigartig.

Im Umweltbereich wird der neue Ökoaktionsplan die ökologische Landwirtschaft sichern und neue Anreize zum Umstieg bieten. Weitere Mittel werden für eine





natürliche Waldentwicklung bereitgestellt. So sollen künftig acht Prozent des Hessischen Staatswaldes aus der Bewirtschaftung genommen werden. Das ist eine wichtige Maßnahme für die Artenvielfalt in Hessen.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu diesem inhaltlichen Punkt finden Sie auf unserer Webseite:

<http://gruenlink.de/uc2>

Wenn sie sich über diesen konkreten Punkt hinaus mit der Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Themenbereich beschäftigen wollen, dann finden Sie auf den Themenseiten unserer Webseite Pressemitteilungen, Parlamentarische Initiativen, Reden, Positionen und weitere Publikationen zum Thema. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

AnsprechpartnerInnen



Frank-Peter Kaufmann

Sprecher für Haushaltspolitik

Tel.: 0611 / 350 633

E-Mail: m.bocklet@ltg.hessen.de



Sigrid Erfurth

Sprecherin für Finanzpolitik

Tel.: 0611 / 350 743

E-Mail: s.erfurth@ltg.hessen.de





- **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes**
Drucksache: 19/131
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011**
Drucksache: 19/140
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung**
Drucksache: 19/250
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Hessischen Waldgesetzes**
Drucksache: 19/251
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014**
Drucksache: 19/387
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer**
Drucksache: 19/399
Status: Gesetz verabschiedet
- **Hessisches Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)**
Drucksache: 19/401
Status: Gesetz verabschiedet
- **Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags**
Drucksache: 19/440
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Härtefallkommissionengesetzes und des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung**
Drucksache: 19/499
Status: Gesetz verabschiedet



- **Achtes Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer und Änderung befristeter Rechtsvorschriften**
Drucksache: 19/501
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Weiterentwicklung der Förderung von sozialem Wohnraum in Hessen**
Drucksache: 19/514
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Heilpädagoginnen und -pädagogen**
Drucksache: 19/635
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze**
Drucksache: 19/766
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Personenstandsgesetz und zur Aufhebung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Auswandererschutzgesetz**
Drucksache: 19/843
Status: Gesetz verabschiedet
- **Gesetz zur Neuregelung des Gebührenrechts im Bereich der Hygiene bei der Gewinnung von Frischfleisch**
Drucksache: 19/844
Status: Gesetz verabschiedet
- **Fünftes Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Kirchensteuergesetzes**
Drucksache: 19/845
Status: Gesetz verabschiedet
- **Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**
Drucksache: 19/846
Status: Gesetz verabschiedet





- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung kommunalrechtlicher Vorschriften bei der Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Anpassung des Kommunalen Finanzausgleichs an die Herausforderungen des demografischen Wandels und zur Stärkung des ländlichen Raums**

Drucksache: 19/847

Status: Gesetz verabschiedet

- **Hessisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz (HSÜG)**

Drucksache: 19/848

Status: Gesetz verabschiedet

- **Gesetz zum Hessischen Krebsregister und zur Änderung von Rechtsvorschriften**

Drucksache: 19/850

Status: Gesetz verabschiedet

- **Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg**

Drucksache: 19/965

Status: Gesetz verabschiedet

- **Gesetz zur Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung**

Drucksache: 19/971

Status: Nach 1. Lesung und Ausschussberatung ist die Durchführung einer öffentlichen mündlichen Anhörung am 11. Februar 2015 geplant

- **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Drucksache: 19/1001

Status: Nach 2. Lesung derzeit

Ausschussberatungen

- **Hessisches Jugendarrestvollzugsgesetz (HessJAVollzG)**

Drucksache: 19/1108

Status: Nach 1. Lesung und Ausschussberatung ist die Durchführung einer öffentlichen mündlichen Anhörung am 11. Februar 2015 geplant



- **Gesetz zur Aufhebung handwerklicher Vorschriften**
Drucksache: 19/1116
Status: Nach 1. Lesung derzeit
Ausschussberatungen
- **Gesetz zu dem Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes**
Drucksache: 19/1117
Status: Gesetz verabschiedet
- **Zweites Gesetz zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes**
Drucksache: 19/1195
Status: Nach 1. Lesung derzeit
Ausschussberatungen
- **Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts der kommunalen Wahlbeamten und zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**
Drucksache: 19/1222
Status: Eingbracht, 1. Lesung am 18.12.2014

Weitere Informationen zu allen parlamentarischen Initiativen sowie die Drucksachen im Volltext finden sie online im Landtagsinformationssystem:

<http://starweb.hessen.de>



Und sonst?



Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Um das Grundrecht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, setzt die hessische Polizei stark auf Kommunikation und Deeskalation. Um Konfrontationen von vornherein zu entschärfen, erhalten Beamtinnen und Beamte für so genannte geschlossene Einsätze individuelle Dienstnummern. Die Kennzeichnungspflicht stellt sicher, dass Demonstrierende es nicht mit einem anonymen Gegenüber zu tun haben. Beamtinnen und Beamte können dadurch im Konfliktfall unter strengen Datenschutz-Vorgaben nachträglich identifiziert werden.

<http://gruenlink.de/v3p>

Kommunalen Finanzausgleich im Dialog reformieren

Die von Finanzminister Schäfer vorgestellte Modellrechnung ist eine gute Grundlage für den weiteren Prozess der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleich (KFA). Erstmals liegt damit eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsmethode für die Finanzausstattung der Kommunen



vor. Dieses Modell ist die Grundlage für den weiteren Dialog mit den Kommunen

<http://gruenlink.de/tr8>

Konzept für K+S-Abwasser - Süßwasserqualität und Grundwasser haben oberste Priorität

Nachdem die Nordseepipeline sich leider als nicht umsetzbar erwiesen hat, hat Umweltministerin Priska Hinz ein tragfähiges Konzept für die dauerhafte Lösung des Salzabwasserproblems vorgelegt. Wir GRÜNE begrüßen insbesondere, dass erstmalig ein Gesamtkonzept zur Lösung aller Problemfelder verhandelt wurde, das auch das große Problem der Haldenabwässer mit einbezieht. Wir werden das Unternehmen sehr genau im Auge behalten und darauf achten, dass K+S seinen Teil der Absprachen einhält.

<http://gruenlink.de/tr9>

Partikeltherapiezentrum - Einigung nutzt den Patienten und dem Forschungsstandort

Die Einigung mit der Rhön-Klinikum AG über den Betrieb des Partikeltherapiezentrums in Marburg ist ein großer Erfolg. Für uns GRÜNE war die Inbetriebnahme der Anlage für Krebspatienten am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) immer von zentra-



ler Bedeutung. Wir wollen den mittelhessischen Lehr- und Forschungsstandort stärken und den Patientinnen und Patienten, die von der Partikeltherapie profitieren könnten, diese neue Behandlung zugänglich machen. Auch dank unseres Engagements können nun ab 2015 nun endlich krebskranke Patienten am Marburger Klinikum behandelt werden.

<http://gruenlink.de/tra>

Fördermittel für Kinodigitalisierung - Rettung wertvoller Programmkinos

Die Landesregierung hat mit der erweiterten Förderung der Digitalisierung von Kinos einen großen Beitrag dazu geleistet, dass kleine Programmkinos weiter bestehen können. Für die bisher nicht in die Förderung gefallenen Kinos hat das Wissenschaftsministerium einen Teil der Förderung übernommen.

<http://gruenlink.de/trc>

Gegen Bahnlärm im Mittelrheintal

Die Entscheidung des Landtags, die schwarz-grüne Landesregierung bei ihren Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms im Mittelrheintal zu unterstützen ist ein wichtiges Signal. Einen entsprechenden ge-

meinsamen Antrag aller Fraktionen beschloss der Verkehrsausschuss einstimmig. Für eine effiziente und schnelle Reduzierung des Lärms seien Maßnahmen auf allen Ebenen notwendig. Mit der breiten Unterstützung des Parlaments hat die Landesregierung nun ein starkes Mandat, Maßnahmen des aktiven Schallschutzes und die Prüfung einer Alternativstrecke auf den unterschiedlichen Ebenen anzustoßen.

<http://gruenlink.de/trf>

Erhalt des modernen Gesundheitsstandorts Hessen

Mit der Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes und dem Sonderprogramm in Höhe von 120 Millionen Euro sichern wir den Erhalt des modernen Gesundheitsstandorts Hessen. Durch die Pauschalierung der Krankenhausförderung bauen wir unnötige bürokratische Hindernisse ab. Die Krankenhäuser erhalten so Planungssicherheiten und Gestaltungsfreiräume. Dies kommt am Ende auch den Patienten zugute, die in modernen und baulich optimal ausgestatteten Krankenhäusern betreut werden sollen.

<http://gruenlink.de/trg>



Reaktivierung der Bahnstrecke

Korbach-Frankenberg

Die Reaktivierung der Strecke Korbach-Frankenberg verbindet das Rhein-Main-Gebiet direkter mit der Naherholungsregion rund um den Nationalpark Kellerwald-Edersee. Es ist ein wichtiges und richtiges Signal aus dem Verkehrsministerium, dass dieses für den öffentlichen Personen-Nahverkehr wichtige Projekt zeitnah umgesetzt werden kann. Zu einer echten Energiewende gehört auch die Verkehrswende. Und die ist nur möglich, wenn wir Angebote schaffen, die die Straßen entlasten und mehr Menschen auf die Schienen bringen.

<http://gruenlink.de/trd>

Erhalt des Brentanohauses gesichert

Das Land hat das Brentanohaus in Oestrich-Winkel gekauft und stellt es einer von der Stadt Oestrich-Winkel und dem Frankfurter Goethehaus gebildeten Betreibergesellschaft kostenfrei zur Verfügung, die es in stand halten wird. Damit ist sichergestellt, dass dieses kulturhistorisch wertvolle authentische Gebäude der Romantik in einen angemessenen Zustand versetzt und für die Nachwelt erhalten bleibt.

<http://gruenlink.de/v10>

Bleifreie Munition für mehr Tierschutz

Ein wichtiger Schritt gegen giftiges Blei im Waldboden und im Wildgericht ist die Entscheidung von Umweltministerin Priska Hinz (GRÜNE), dass im hessischen Staatsforst künftig nur noch bleifreie Munition verwendet werden darf. Wir GRÜNE haben uns lange dafür eingesetzt. Blei kann das Nervensystem und die Nieren schädigen und wird als krebserregend eingestuft. Gerade aasfressende Vögel sind dadurch gefährdet.

<http://gruenlink.de/v11>

Nachhaltige Dorfentwicklung

Das Dorfentwicklungsprogramm der Landesregierung ist ein wichtiges Instrument, um den demografischen Wandel auf dem Land nachhaltig und ökologisch sinnvoll zu gestalten. Die neu gefassten Förderrichtlinien des Programms unterstützen diese Aspekte stärker. Umweltministerin Priska Hinz (GRÜNE) hat weitere Kommunen in das Programm aufgenommen, das nun 203 Förderschwerpunkte mit insgesamt 692 Orts- und Stadtteilen umfasst.

<http://gruenlink.de/v12>



Neue Regeln für den Verfassungsschutz

Zwei Gesetzentwürfe sollen für einen zeitgemäßen Verfassungsschutz und eine bessere Kontrolle durch das Parlament sorgen. Das beginnt mit einem modernen Leitbild für den Verfassungsschutz, geht über die verbesserte Analysefähigkeit, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bis zur Regelung der parlamentarischen Kontrolle in einem eigenen Gesetz. Die Entwürfe wurden der unabhängigen Expertenkommission zur Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses zur Diskussion vorgelegt.

<http://gruenlink.de/v13>

Bembel gerettet

Apfelwein darf in Hessen auch künftig im Bembel ausgedient werden. Die Wirtschaftsminister aus Hessen und Rheinland-Pfalz (wo Apfelwein in einem Gefäß namens Viezporz ausgedient wird) hatten im Bundesrat Bedenken vorgebracht, der Entwurf einer Änderung der Mess- und Eichverordnung könne die Traditionsgefäße in Frage stellen, weil sie einen innen angebrachten Eichstrich vorsah. Apfelwein als „nicht schäumendes“ Getränk hätte – im Gegensatz zu Bier

– dann nur noch in durchsichtigen Gefäßen ausgedient werden dürfen. Ein Vertreter der Bundesregierung sicherte nach der Intervention der beiden Minister klar, dass dies nicht vorgesehen sei.

<http://gruenlink.de/v15>



Ausblick

Wir haben schon zu Beginn unserer GRÜNEN Regierungsbeteiligung viele für uns wichtige Projekte angestoßen, aber eine Koalition setzt naturgemäß nicht alle ihre Vorhaben in den ersten zwölf Monaten ihrer Arbeit um. Den Fahrplan für die Zeit bis zur nächsten Landtagswahl gibt der Koalitionsvertrag mit der CDU vor. Darin haben wir für alle Felder der Landespolitik Vereinbarungen getroffen, mit denen Hessen GRÜNER und gerechter wird.

Für einige der wichtigsten Vorhaben haben wir erste Schritte eingeleitet, aber noch viel Arbeit vor uns. So wird der Bildungsgipfel, der den ideologischen Schulkampf in Hessen beenden soll, noch oft in Arbeitsgruppen und mit allen Beteiligten tagen, um einen Schulfrieden zu erreichen. Die Bildungs- und Betreuungsgarantie, den bisher größten Ausbau der Ganztagsbetreuung in Hessen, setzen zum Schuljahr 2015/2016 zunächst sechs ausgewählte Modellkommunen um. Dann wollen wir ihre Erfahrungen nutzen, um bis zum Ende der Wahlperiode



schrittweise gemeinsam mit den Schulträgern und Kommunen ein Angebot für alle Grundschülerinnen und -schüler in Hessen aufzubauen.

Eines der ambitioniertesten Ziele von CDU und GRÜNEN ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in den kommenden fünf Jahren zu verdoppeln. Dabei gilt es, die in Hessen derzeit genehmigten oder beantragten fast 500 neue Windkraftanlagen vor Ort sensibel umzusetzen. Wir müssen uns mit berechtigten Sorgen und Bedenken, aber auch mit irrationalen Ängsten und Scheinargumenten intensiv beschäftigen – die erneuerbaren Energien haben die guten Argumente auf ihrer Seite, wir müssen sie aber immer wieder kommunizieren.

Am Frankfurter Flughafen geht es nun zunächst darum, im Dialog mit den Anrainerkommunen dasjenige der Modelle für siebenstündige Lärmpausen auszuwählen, das den Menschen in der Region am meisten Entlastung bringt. Dann wird es in den Testbetrieb



gehen. Die Verkehrswende von der Straße auf die Schiene wird in zahlreichen konkreten Projekten wie der Nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West vorangehen.

Im Umweltbereich arbeiten wir an einem Klimaschutzkonzept und wollen Modellregionen für den Öko-Landbau ausweisen. Der Runde Tisch Tierwohl soll konkrete Vorschläge erarbeiten, wie sich artgerechte Haltung und Tierschutz weiter verbessern lassen. Die Naturschutzverbände beziehen wir auch bei der weiteren Umsetzung der Biodiversitätsstrategie für Hessen ein. Zu dieser Strategie gehört es, dass wir einen Teil des Staatswaldes aus der Nutzung nehmen werden.

In nächster Zukunft werden wir die Erarbeitung einer Antidiskriminierungsstrategie und eines Integrationsplanes angehen. Um die Diskriminierung aufgrund sexueller Identität und geschlechtlicher Orientierung zu verringern, arbeiten wir gemeinsam mit Verbänden und Selbstvertretungsorganisationen an einem Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt.

Wir wollen das Interesse an der Demokratie und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken. Deshalb haben wir mit der CDU unter anderem vereinbart, im Kommunalrecht die Hürden für Bürgerbegehren zu senken, die Kinder- und Jugendparlamente zu stärken und mit einem Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz die Arbeit von Behörden und Regierungsinstitutionen transparenter zu gestalten. Ein breit getragener zivilgesellschaftlicher Verfassungskonvent soll die Landesverfassung modernisieren. Die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten soll helfen, die friedliche Demonstrationskultur zu fördern.

Viele weitere Projekte sind im Koalitionsvertrag angelegt. Wer nachlesen möchte, welche Vereinbarungen wir mit der CDU für die Zukunft Hessens getroffen haben, findet ihn im Internet:

<http://gruenlink.de/pyv>



IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.

Angela Dorn, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion, Layout und Gestaltung

Till Haupt, Volker Schmidt, Sebastian Wanner

Bildnachweise

Titel-/Rückseite: T.Tulik / Fotolia.com; S. 4: itestro / Fotolia.com; S. 8: Bernd Kaspar / pixelio;
S. 12: monticellllo / Fotolia.com; S. 16: Margit Völz / pixelio; S. 20: Picture-Factory / Fotolia.com;
S. 24: Halfpoint / Fotolia.com; S. 28: Sunny studio / Fotolia.com; S. 32: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt;
S. 36: tycoon101 / Fotolia.com; S. 40: Tyler Olson / Fotolia.com; S. 44: il-fede / Fotolia.com;
S. 48: Kostia / Fotolia.com; S. 52: xixinxing / Fotolia.com; S. 56: william87 / Fotolia.com;
S. 60: Rawpixel / fotolia (Bearb.: Till Haupt); S. 64: katyspichal / fotolia.

Silhouetten auf allen Seiten

Eigene, all-silhouettes.com, Freepik.com und vectoropenstock.com



www.gruene-hessen.de



www.twitter.com/gruenehessen



www.facebook.com/gruenehessen



www.youtube.com/hessengruen



www.flickr.com/gruene-hessen



klimaneutral
natureOffice.com | DE-207-336016
gedruckt



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAGSFRAKTION HESSEN

www.gruene-hessen.de